
MITTEILUNGSVORLAGE

M/2020/0713

Beratungsfolge:

Rat der Gemeinde Swisttal

Termin

19.09.2023

Entscheidung

Kenntnisnahme

Öffentl.

Ö

Tagesordnungspunkt:



Schaffung einer zentralen Flüchtlingsunterkunft

Beschlussvorschlag:

Die Empfehlungen aus den Sitzungen des Generationen-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses sowie des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses werden vom Rat zusammenfassend wie folgt bestätigt:

- Priorisierung der im Wiederaufbauplan vorgesehenen Sanierung der Übergangswohnheime in der Schützenstraße 14 und 16 in Heimerzheim
- Trennung der vom Rat beschlossenen und erworbenen Containeranlage zur Unterbringung von bis zu 150 Personen in zwei einzelne Containeranlagen zur Unterbringung von je maximal 80 Personen; die Teilung der Containeranlage kann sowohl horizontal als auch vertikal erfolgen
- Die Fläche hinter der Flüchtlingsunterkunft in der Kölner Str. 105 in Heimerzheim ist auszuschließen, da diese Fläche für eine Beplanung als Wohnbaufläche durch die gemeindliche Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) vorgehalten wird
- Die Aufstellung der Containeranlage/n erfolgt grundsätzlich auf gemeindeeigenen oder erworbenen Flächen
- Die Einfachturnhalle der Gesamtschule in Heimerzheim soll als Notfallebene, falls eine Unterbringung ansonsten aus Kapazitätsgründen nicht möglich ist, vorgeplant werden

Sachverhalt:

In Deutschland haben im vergangenen Jahr so viele Menschen Asyl beantragt wie seit der zurückliegenden Fluchtmigration im Jahr 2016. Knapp 218.000 Menschen stellten laut Jahresstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erstmalig in

Deutschland ein solches Schutzersuchen. Das waren somit knapp 47 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Weiterhin sind bis dato über eine Million ukrainische Kriegsflüchtlinge nach Deutschland gekommen. Viele Städte und Gemeinden sind bei der Unterbringung von Geflüchteten und Vertriebenen längst an ihrer Leistungsgrenze angekommen, so dass u. a. Notunterkünfte in Turnhallen, Dorfhäusern und gewerblichen Objekten eingerichtet werden mussten.

Auch in Swisttal stellt die Fluchtmigration die Gemeindeverwaltung vor große Herausforderungen. Derzeit wurden der Gemeinde bereits ca. 397 Personen durch die Bezirksregierung Arnsberg zugewiesen. Die Aufnahmeverpflichtung beläuft sich jedoch auf insgesamt ca. 605 Personen, so dass mit weiteren Zuweisungen von mindestens 208 Personen gerechnet werden muss.

Aufgrund der Hochwasserkatastrophe sind die Unterbringungskapazitäten im Gemeindegebiet weiterhin deutlich eingeschränkt, da u. a. auch gemeindliche Gebäude zur Unterbringung von Geflüchteten zerstört wurden. Die Verwaltung verfügt daher aktuell noch über eine Aufnahmekapazität von weiteren ca. 40 Personen. Diese Unterbringungskapazitäten werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 2023 erschöpft sein.

Um zeitnah mindestens bis zu 150 Personen unterbringen zu können, wird zwingend eine hinreichend große Containeranlage benötigt.